

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: BV/0292/2016/1

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Rat der Stadt	21.04.2016	
Rat der Stadt	05.07.2016	Entscheidung

Erhalt der Bauaufsicht

Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt beschließt, die Bauaufsicht auf dem Gebiet der Stadt Radevormwald weiterhin durch ein eigenes Bauaufsichtsamt durchzuführen.

Erläuterung:

In der 7. Sitzung des Rates der Stadt am 14.04.2015 wurde die Verwaltung beauftragt, mit dem Oberbergischen Kreis Verhandlungen zur Übernahme der Bauaufsicht auf dem Gebiet der Stadt Radevormwald durch den Kreis zu führen mit dem Ziel einer ordnungsgemäßen sowie bürger- und wirtschaftsfreundlichen Aufgabenerledigung mit positiven Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt. Grund für den Auftrag waren die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung durch die Firma Jansen im Jahr 2014/2015. Daraus hätten sich jährliche Aufwendungen für die Bauaufsicht i.H.v. 873.000 € ergeben.

Mit dem Oberbergischen Kreis wurden Gespräche geführt und diese haben ergeben, dass die Aufgaben der Bauaufsicht durch den Kreis übernommen werden könnten. Es würde eine jährliche Kostenerstattung über Personal-, Verwaltungsgemein- und Sachkosten erfolgen. Diese würde sich auf 437.000 € pro Jahr belaufen.

Durch die Verwaltung wurde mittlerweile ein neue Organisationsstruktur geschaffen und das Bauaufsichtsamt unter die Leitung von Herrn Jörn Ferner gestellt. Um mit den vorhandenen Stellen die Aufgaben einer funktionierenden und zukunftsorientierten Bauaufsicht sicherzustellen, insbesondere unter Berücksichtigung der Wirtschaftsförderung, werden die Organisationsabläufe betrachtet und die Geschäftsprozesse optimiert.

Die durch die Firma Janssen 2015 festgestellten Rückstände wurden seinerzeit auf 1.200 zu archivierende Akten, 2.000 Altfälle und 1000 laufende Verfahren beziffert. Somit wurden 4.200 Fällen Rückstand kommuniziert.

Mittlerweile wurden 350 Akten archiviert und die Altfälle werden derzeit auf 1.800 beziffert. Bei diesen Altfällen handelt es sich nicht um laufende Bauanträge, sondern diese können nach gffs. kurzer Prüfung der Archivierung zugeordnet werden. Die laufenden Verfahren sind nicht als Rückstände zu betrachten, da hier i.d.R. auf fehlende Unterlagen oder Stellungnahmen gewartet werden muss und oft für ein Objekt mehrere Verfahren vorliegen. Somit stellen sich die Rückstände wie folgt dar: 850 zu archivierende Akten und 1.800 Altfälle. Diese werden weiterhin sukzessive mit dem vorhandenen Personal abgebaut.

Die Aufwendungen für die Bauaufsicht belaufen sich bei Besetzung aller geplanten Stellen auf jährlich 497.000 €. Der Vergleich der vorgelegten Berechnung des Kreises über voraussichtliche Personal- und Sachkosten mit den bei der Stadt Radevormwald kalkulierten Kosten ergeben somit, dass die Ausübung der Bauaufsicht durch das eigene Bauaufsichtsamt Mehrkosten in Höhe von rund 60.000 € jährlich verursacht.

Gleichwohl sind dies ausschließlich die Auswirkungen auf die Personalaufwendungen der Stadt. Ausgehend von einer ordnungsgemäßen Aufgabenerledigung sowohl beim Oberbergischen Kreis, als auch bei der Stadt Radevormwald, sind jedoch die bürger- und wirtschaftsfreundlichen Auswirkungen ebenfalls zu betrachten.

Insbesondere bei gewerblichen Bauvorhaben ist eine Vernetzung zwischen Bauaufsicht, Stadtplanung und Wirtschaftsförderung erforderlich. Mit diesem Beratungsangebot werden Unternehmen, die sich mit betrieblichen und baulichen Expansionserfordernissen befassen, bereits im Vorfeld einer Bauantragstellung fachlich auf notwendige Verfahrenserfordernisse aufmerksam gemacht. Dies betrifft auch die vorzulegenden Antragsunterlagen und Anforderungen externer Behörden. Im Sinne einer Qualitätsprüfung vor Einreichen eines förmlichen Bauantrags oder einer Bauvoranfrage können so notwendige Schritte vorbereitet oder eingeleitet werden, die dann zu einem schnelleren Verfahrenslauf ohne Rückfragen und Nachforderungen führen sollen. Eine Verlagerung der Bauaufsicht nach Gummersbach würde diese Abstimmung erheblich erschweren.

Im Fall einer Übertragung der Bauaufsicht auf den Kreis würde voraussichtlich an einem Tag in der Woche eine Ansprechperson der Bauaufsicht in Radevormwald anwesend sein. Dies bedeutet eine erhebliche Reduzierung der bisherigen Standards und die Bürgerinnen und Bürger müssten lange Anfahrtswege nach Gummersbach in Kauf nehmen. Auch die Zeiten für Baukontrollen und Abnahmen würden einen bislang noch nicht bezifferten Mehraufwand nach sich ziehen.

Nachdem die ursprünglich Beschlussvorlage in der Ratssitzung vom 21.04.2016 von der Tagesordnung zurückgezogen wurde, ist den Fraktionen Gelegenheit gegeben worden, die entscheidungsrelevanten Daten zu beraten und mit der Verwaltung zu erörtern. Unter Berücksichtigung der Auswirkungen sowohl für die Bürgerinnen und Bürger, als auch für die Unternehmen, gewerblichen Bauherren und ihre beauftragten Architekten, wird vorgeschlagen, die Bauaufsicht auf dem Gebiet der Stadt Radevormwald weiterhin durch ein eigenes Bauaufsichtsamt durchzuführen.